

„Arbeit hilft bei Integration“

IG Metall Bielefeld: Delegierte wählen ihre Bevollmächtigten für weitere vier Jahre. Betriebe ohne Tarifvertrag werden „eingebunden“

Von Tarek Chafik

■ **Bielefeld.** Auf der ersten Delegiertenkonferenz der IG Metall Bielefeld in diesem Jahr haben die Mitglieder Ute Herkströter als Erste Bevollmächtigte und Hans-Jürgen Wentzlauff als Zweiten Bevollmächtigten für weitere vier Jahre gewählt. 90,3 Prozent der 89 Stimmberechtigten votierten für Herkströter, 95,3 Prozent für Wentzlauff. Aus der Frankfurter IG-Metall-Zentrale war das geschäftsführende Vorstandsmitglied Irene Schulz angereist. Nach der Konferenz sprach die NW mit den Gewerkschaftern über die laufende Tarifrunde, die Mitgliederentwicklung und das Thema Flüchtlinge.

Die Zahlen liegen noch nicht lange auf dem Tisch: Fünf Prozent mehr Lohn fordert die IG Metall in der laufenden Tarifrunde für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie.

Neu dabei: Erstmals wird die Gewerkschaft gezielt tarifungebundene Unternehmen einbinden, in denen sie gut aufgestellt ist, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen. „Wir können das machen, weil diese Unternehmen keiner Friedenspflicht unterliegen“, sagte Irene Schulz. Zudem werde gerade in solchen Unternehmen deutlich weniger bezahlt als in Betrieben, in denen Tarifverträge



Nach der Konferenz: (Von links) Hans-Jürgen Wentzlauff, Ute Herkströter und Irene Schulz.

FOTO: TAREK CHAFIK

gelten. „Facharbeiter verdienen dort 18 Prozent, Frauen bis zu 27 Prozent weniger.“

Die fünf Prozent seien angemessen angesichts einer soliden Konjunktur, die der Branche in den vergangenen drei Jahren zu einer Umsatzrendite von 3,6 Prozent verholfen habe. Auch die weiteren Aussichten seien günstig.

Schulz verwies auf die Prognosen der „führenden Institute, wonach mit einem Wachstum von 1,8 bis 1,9 Prozent“ zu rechnen sei. Hinzu kommt, dass die IG Metall sich selbstbewusst zeigt, kann sie sich doch seit einigen Jahren über viele Mitglieder freuen. Deren Zahl belief sich Ende 2015 auf rund 2,27 Millionen,

davon waren im vergangenen Jahr rund 120.000 Neuaufnahmen.

Ähnlich positive Daten konnte Ute Herkströter für den Bereich der Geschäftsstelle Bielefeld vorlegen, wo von 2012 bis 2015 rund 2500 Neuaufnahmen verzeichnet werden konnten. Ende 2015 lag die Gesamtzahl der Mitglieder hier bei 17.328. Positiv hob Herkströter unter anderem hervor, dass es gelungen ist, „die Unternehmen Euscher und Koyo wieder in die Tarifbindung zu bringen.“ Viel Raum nahm auf der Konferenz das Thema Digitalisierung der Arbeitswelt ein (siehe Info links).

Schulz erläuterte schließlich das Konzept eines Integrationsjahres, das von der IG Metall entwickelt worden ist und bei dem die Gewerkschaft auf die Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) setzt. Die Tatsache, dass viele der Geflüchteten davon ausgehen, ihre Familien finanziell unterstützen zu müssen,

halte sie davon ab, eine Ausbildung zu beginnen. „Für eine finanzielle Unterstützung der Familie reicht die Ausbildungsvergütung nicht“, sagte Schulz.

Hier setzt das Konzept an, indem es den Flüchtlingen die Möglichkeit gibt, Sprachenerwerb, berufliche Qualifikation und Einkommen zu kombinieren. Wer das Integrationsjahr in Anspruch nimmt, soll für drei oder vier Tage im Betrieb arbeiten, der Rest der Woche soll ausschließlich dem Deutschunterricht und der beruflichen Weiterbildung dienen, das Ganze für die Dauer von 12 Monaten und bezuschusst mit Mitteln der BA. „Arbeit ist die beste Integrationsmaßnahme“, sagte Schulz.

Sollte das Integrationsjahr Wirklichkeit werden, dann sollte diese Maßnahme auch Langzeitarbeitslosen offen stehen, um zu verhindern, dass „diese Gruppen gegeneinander ausgespielt werden.“

Digitalisierung großes Thema

- ◆ Erst kam die Mechanisierung, ihr folgte die Elektrifizierung, dann die Automatisierung und nun erleben wir die Digitalisierung der Arbeitswelt. Letzteres wird häufig mit dem Begriff „Industrie 4.0“ bezeichnet.
- ◆ Welche Risiken und Herausforderungen damit verbunden sind, machte Irene Schulz an einem Beispiel deutlich: Ein Unternehmen beschäftigt einen Gabelstaplerfahrer,

der Trend geht jedoch hin zur vernetzten Logistik. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass der Arbeitgeber irgendwann durch eine Steuerungskraft für vernetzte Logistik ersetzt.

- ◆ Nicht gut aus der Sicht einer Gewerkschaft, denn es ist in ihrem Interesse, dass der Gabelstaplerfahrer im Unternehmen bleibt.
- ◆ Die IG Metall in Bielefeld ist weit über die Region hi-

naus dafür bekannt, dass man hier sehr früh drangekommen ist, den durch die Digitalisierung verursachten Wandel innerhalb von Unternehmen rechtzeitig auszumachen.

- ◆ Dazu wurden Betriebsräte geschult, dafür wurde eine „Betriebslandkarte“ konzipiert, dafür wurden Unternehmen mit ins Boot geholt. „Wir müssen die Arbeitnehmer fit machen für diese Herausforderung“, sagt Ute Herkströter.

Angelika Dopheide erneut zur AWO-Vorsitzenden gewählt

Kreiskonferenz: Annette Becker und Wolf-Eberhard Becker als stellvertretende Vorsitzende bestätigt. Ehrung langjähriger Aktiver

■ **Bielefeld (tch).** 69 Delegierte der Arbeiterwohlfahrt (AWO) haben auf ihrer Kreiskonferenz Angelika Dopheide für weitere vier Jahre zur Vorsitzenden des Präsidiums gewählt. Die Delegierten bestätigten außerdem Annette Becker und Wolf-Eberhard Becker als stellvertretende Vorsitzende. Hildegard Linnemann, Christel Hoffmann und Horst Jaschke wurden während der Versammlung für ihre langjährige Mitgliedschaft und ihr ehrenamtliches Engagement innerhalb des Wohlfahrtsverbandes mit Ehrenurkunden ausgezeichnet. Das ehemalige Beiratsmitglied Wilfried Mittelberg wurde zum Ehrenmitglied des Präsidiums gewählt.

In ihrem Bericht an die Delegierten betonte Dopheide, dass auch in den vergangenen vier Jahren das „Thema soziale Gerechtigkeit und die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an den gesellschaftlichen Entwicklungen“ für die AWO immer im Mittelpunkt ihrer Arbeit gestanden habe.

Nach der Bildung der Großen Koalition von CDU und SPD im Jahr 2013 sei zwar sozialpolitisch einiges auf den



AWO-Präsidium, Vorstand und die Geehrten: (hinten von links) Kirsten Hopster (stellvertretende Vorstandsvorsitzende), Wolf-Eberhard Becker und Horst Jaschke. Annette Becker, Angelika Dopheide, Christel Hoffmann, Hildegard Linnemann, Wilfried Mittelberg und der Vorstandsvorsitzende Rolf Potschies (vorne von links).

FOTO: TAREK CHAFIK

Weg gebracht worden. Dopheide nannte unter anderem den Mindestlohn und die abschlagfreie Rente ab 63. Dennoch sei die Kluft zwischen Arm und Reich größer geworden und die Bundesrepublik weit davon entfernt, „ein sozialpolitisches Paradies“ zu sein.

Bielefelds einstige Oberbürgermeisterin belegte das

unter anderem mit Blick auf die Armutsquote. Die lag 2014 bundesweit bei 15,4 Prozent und war damit nur 0,1 niedriger als 2013.

Bedenklich sei, dass in demselben Zeitraum das Bruttoinlandsprodukt um 1,6 Prozent gestiegen ist und sich dieser Anstieg „nicht deutlicher auf die Armutsquote auswirkte.“ Das gilt auch für die

Raumordnungsregion Bielefeld, wo die Quote von 15,6 (2013) auf 15,7 (2014) Prozent gestiegen ist.

Wenig erfreulich ist die Entwicklung bei der AWO-Mitgliederzahl, die laut Dopheide von 2.285 im Jahr 2012 auf 2.065 Mitglieder im Jahr 2015 sank. Äußerst kritisch bewertete Dopheide den städtischen Sparkurs – und wand-

te sich dabei direkt an Oberbürgermeister Pit Clausen, der unter den Anwesenden war. Die AWO-Mitarbeiter hätten erleben müssen, wie sie „im Rahmen der Leistungsvertragsperiode 2011–2013 durch die komplette Nichtanerkennung der tariflichen Steigerungen durch die Stadt Bielefeld zu Mitarbeitern zweiter Klasse abgewertet wurden.“ Dopheide weiter: „Mit der angekündigten Deckelung der Anerkennung tariflicher Steigerungen auf maximal zwei Prozent ab 2017 – also deutlich unterhalb der tatsächlichen tariflichen Steigerungen – begeben sich die politisch Verantwortlichen in Bielefeld wieder auf diesen Weg der dequalifizierenden Bewertung unserer Mitarbeiter.“ Diese Entscheidung sei ein „sozialpolitischer Fehler.“

Clausen hatte zu Beginn der Konferenz ein längeres Grußwort an die Delegierten gerichtet. Darin sagte er unter anderem, dass „jeder Bielefelder, jede Bielefelderin schon einmal in seinem oder ihrem Leben in irgendeiner Form etwas mit der Arbeiterwohlfahrt zu tun gehabt haben muss.“ Dies ergebe sich aus den Zahlen der AWO.

Auf dem Fahrrad gegen Rassismus demonstriert

Anti-Rassismuswochen: Gut 50 Bielefelder nutzen die Straße für ihr Anliegen

■ **Bielefeld (kurt).** Den gesamten März über finden die Internationalen Anti-Rassismuswochen auch in Bielefeld statt. Zentrale Veranstaltung ist am 17. März ein Vortrag von Paul Mecheril von der Uni Oldenburg zum Thema „Gesellschaft der Zukunft – rassistische Überlegungen“; ab 18 Uhr in der Raski.

Am Sonntag zeigten die Organisatoren vom Welthaus gemeinsam mit der Stadt und gut 50 Bürgern einmal anders Gesicht gegen Rassismus: „Da viele Veranstaltungen in geschlossenen Räumen stattfinden, wollten wir auch einmal unvermittelt in der Öffentlichkeit auftauchen“, sagt Keith Hamaimbo vom Welthaus.

Also wurde geradelt: auf der Straße, vormittags. Keith Hamaimbo: „So bekommen es auch Menschen mit, die sonst nicht zu unseren Veranstaltungen kommen.“ Da das Welthaus einen engen Bezug zum Thema Radfahren habe, sei es naheliegend gewesen, eine Fahrraddemo zu veranstalten. Und die nicht auf Radwegen, sondern mitten auf der Straße – der Sichtbarkeit wegen. Hamaimbo: „Wir sprechen so auch die gesamte Politik an, mehr zu tun gegen Rassismus und für Integration.“ Jeden Tag erführen Menschen anderer Hautfarbe, anderer Herkunft, in Bielefeld auch Ablehnung – „und wie sollen sie Lust bekommen auf dieses Land, wie sollen sie es lieben lernen und sich inte-

grieren wollen, wenn sie Ablehnung erfahren?“, fragt er.

Hamaimbo selbst ist dunkelhäutig, er weiß, wovon er redet. „Immer wieder komme ich nicht in die Disko – und immer wieder werden Menschen im Zug oder auf Plätzen willkürlich kontrolliert, nur weil sie eine andere Hautfarbe haben.“ Er registriere, dass sich dieser teilweise subtile Rassismus nicht nur gegen Menschen anderer Hautfarbe richte, „auch türkische Freunde von mir erleben das“. Es gebe eher einen Rassismus gegen das Fremde, das Andere.

Ulrike Mann, Geschäftsführerin des Welthauses, zeigte sich vor diesen Hintergründen erfreut, „dass die Stadt mit Bürgermeisterin Karin Schrader hier vertreten ist – so zeigt sie, dass das Thema eine hohe Bedeutung für die Stadt hat“.

Schrader stellte auch klar: „Leider gibt es Rassismus nicht nur woanders, sondern auch hier in Bielefeld – oft verpackt in schönen Worten und eher versteckt.“ Da aber in Bielefeld 160 Nationen lebten, lebten längst alle 335.000 Bielefelder in einer bunten Stadt. „Jeder dritte von uns hat einen Migrationshintergrund“, sagte Schrader, der die Veranstaltung so wichtig war, dass sie sich auch erkrankten den Termin nicht nehmen ließ.

◆ Das gesamte Programm kann hier heruntergeladen werden: http://ki-bielefeld.de/174-Antirassismus_-_Aktionswochen



Aktiv bei zwei Grad: Gegen Rassismus stellten sich Bürgermeisterin Karin Schrader, Keith Hamaimbo, Ulrike Mann, v. l. FOTO: KURT EHMKE

Alter Friedhof wird erweitert

Erweiterung: Durch den Umbau wird der Spielplatz wegfallen

■ **Bielefeld.** Der alte Friedhof am Jahnplatz wird erweitert, dafür fällt der Spielplatz weg. Das hat der Rat in seiner jüngsten Sitzung beschlossen. Damit soll dem Bedarf nach Flächen für Erdbestattungen Rechnung getragen werden. Der Beschluss beinhaltet auch, dass auf den Bau weiterer Kolumbarien auf dem Alten Friedhof verzichtet wird.

Der Alte Friedhof am Jahnplatz wurde 1808 erstmalig in Betrieb genommen und 1878 geschlossen, aber nicht entwidmet. Er steht im Eigentum der Stadt Bielefeld und wird seit der Wiedereröffnung zum 1. Juli 2000 durch die Friedhofs GmbH Bielefeld betrieben.

Die Gesellschafter der Friedhofs GmbH sind zu 50 Prozent die Stadt und zu 50 Prozent die Friedhofsdiens GmbH, ein Zusammenschluss aus 17 Bestattungsunternehmen. Die Gestaltung des Friedhofs und seine zentrale Lage in der Innenstadt sind beliebt bei den Bielefeldern.

Die Friedhofs GmbH als

Betreiberin des Alten Friedhofs wird kurzfristig einen Gestaltungsplan ausarbeiten und die notwendigen planerischen wie baulichen Schritte einleiten. Sobald erste konkrete Pläne vorliegen, werden diese in der Bezirksvertretung Mitte öffentlich vorgestellt.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe (ohne Postbezieher) liegt folgender Prospekt bei:

Unsere Kunden belegen oftmals nur Teilausgaben für ihre Prospekte. Daher kann es vorkommen, dass Sie heute den untenstehend genannten Prospekt nicht vorfinden.

Weitere Fragen beantworten wir Ihnen gerne!
Telefon (05 21) 5 55-6 26
oder Fax (05 21) 5 55-6 31

